

Volksmacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 25 Pfg., vierteljährlich 75 Pfg., einschließlich Erlegerlohn. In den Abholstellen monatlich 20 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Pfg., ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 10

Danzig, Sonnabend den 11. März 1916

7. Jahrgang

Videant consules!

Zur Danziger Stadttheater-Frage

Motio:

Danzigs Ehre ist in eure Hand gegeben, Wahret sie!

In wenigen Tagen stehen die Stadtverordneten Danzigs vor einer Entscheidung, wie sie bedeutungsvoller und folgenschwerer noch selten von ihnen verlangt wurde. Sie sollen eine wahrhaftige Kulturaufgabe praktisch lösen. Und wir bedauern aufs tiefste, daß die Art der Lösung nicht früher der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist, um auf ihr Urteil zu hören. Denn keine andere kommunale Angelegenheit berührt das öffentliche Interesse so sehr, wie die neue Danziger Kunst-epoche, die durch den Beschluß der Stadtverordneten eingeleitet werden soll. Es ist keine der Wichtigkeit dieser Frage auch nur annähernd entsprechende Vorbereitung, daß eine kleine Kommission aus fünf Stadtverordneten, den Herren Fuchs, Kawalki, Riese, Schade und Schmidt, sich neben Magistratsmitgliedern mit der Theaterfrage beschäftigt hat.

Nach einer viel zu langen Reihe von Jahren soll das alte königliche Schauspielhaus am Kohlenmarkt vom 16. Mai in die Verwaltung der Stadt übergehen und damit tatsächlich ein Stadttheater werden. Wenigstens der äußeren Form nach. Denn ob es wirklich ein städtisches Kunstinstitut wird, das wird nicht durch den Namen, sondern durch die Organisation des Kunstbetriebes und noch mehr durch seinen Leiter bestimmt. Die idealste Lösung der verhängnisvollen Frage: Kultur- oder Geschäftstheater? wäre der städtische Eigenbetrieb gewesen. Wahre Kunst darf nur um ihrer selbst willen, unter Ausschaltung aller anderen Momente und vor allem geschäftsmäßiger Erwägung, ausgeübt werden. Ihre Förderung ist genau so eine Aufgabe der öffentlichen Körperschaften, wie die der Schule. Dieser einzig der Kunst und ihrer unvergleichlichen Bedeutung gerecht werdende Standpunkt, muß mit besonderem Nachdruck mit Rücksicht auf die Wirkungen dieses Krieges betont werden. Deutschlands geistige Aufrichtung nach dem Kriege, die Ueberwindung der ethisch befallenden Folgen des Völkerringens wird vor allem die Aufgabe der Künstler und besonders der Bühne sein. Diese neue Friedensmission der Kunst kann mit Erfolg nur durchgeführt werden, wenn der Tempel der Muse einzig von der Kultur und dem Genius der Menschheit gehütet wird.

Leider ist diese Lösung in Danzig nicht beabsichtigt. Man fürchtete wohl auch finanzielle Lasten und wählte eine Form der Theaterverwaltung, die nach unserer Kenntnis zwischen städtischer Verwaltung und Privatbetrieb einen Mittelweg einschlägt. Einen Mittelweg allerdings, der, wie wir ernstlich fürchten, der Stadt die Verantwortung und starke finanzielle Lasten überläßt und fast alle Vorteile dem Direktor gibt. Es ist nicht einmal das sogar bei allen städtischen Theatern ähnlicher Betriebsart Selbstverständliche, eine Verwaltungskommission von Stadtverordneten, vorgelesen. So weit wir wissen — in einzelnen können wir irren und lassen uns gerne berichtigen — soll der Direktor das Theatergebäude und die zum Betriebe verwendeten Räume der Nebengebäude mietfrei erhalten. Der Fundus soll ihm kostenlos gegen Zahlung der Verzinsung zur Verfügung ge-

stellt werden. Gas und Elektrizität soll er zum halben Preise erhalten. Ihm wird außerdem persönlich ein Reineinkommen von 20 000 Mark jährlich von der Stadt garantiert und vorweg aus der Theaterkasse gezahlt. Diese wird unter Beteiligung der Stadt verwaltet. Nach Deckung aller Unkosten verbleibende Ueberschüsse gehen, trotz des auffällig hohen Gehalts, teilweise ebenfalls noch in den Besitz des Direktors über. Günstiger kann sich dieser seine Position gar nicht vorstellen. Nicht nur die moralische, sondern auch die materielle Verantwortung bleibt der Stadt. In allem übrigen schaltet wie in seinem Geschäftstheater, der souveräne Herr Direktor.

So haben wir uns allerdings die neue städtische Aera des Danziger Theaters, das sich in dem Gebiet einer modernen Großstadt mit über 200 000 Einwohnern künstlerisch betätigen soll, nicht vorgestellt. Ist es schon ein sonderbarer Gedanke, sich die Kunst im Dienste materiellen Interesses vorzustellen, so sollte der städtische Einfluß unter allen Umständen mit dem persönlichen Interesse eines einzelnen aufräumen. Die Eigenart der Bühnenwelt bringt es mit sich, daß selbst Personen höchster menschlicher und künstlerischer Lauterkeit solcher Machtstücke gegenüber verfallen. Das Erwachen der Schauspielerei hat die Hintergründe der Kulisen grell beleuchtet. Und wo der Gedankenlose Fürstinnen und Ritter der Kunst im freien Reich des Geistes schalten glaubte, enthüllt sich häufig ein Abgrund von Abhängigkeit, Knechtung und entwürdigter Menschlichkeit. Der vielstimmige Schrei nach dem Theatergesetz ist noch nicht erfüllt. Deshalb mußte die Stadt jetzt dafür sorgen, daß die sozialen Forderungen der Künstler in ihrem eigenen Hause auch ohne gesetzlichen Zwang zu gelten haben. Der Bühnenausschuß, den die gewerblichen Arbeiter als Arbeiterausschuß längst besitzen, mußte ihnen unbedingt gewährt werden. Die höchst bedeutsame Frage der Kostime für die weiblichen Mitglieder muß, dies gebietet das Ansehen der Stadt, im Interesse der Künstlerinnen gelöst werden. Der Frage der Jahresverträge mindestens für die Künstler bis 250 Mark Monatsgage muß nähergetreten werden. Die Ablösung der Versicherungsbeiträge der Künstler aus der Vorverkaufsgedühr ist einfach eine Anstandsfrage. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist wirtschaftlich bitter notwendig, aber auch aus anderen Gründen keine Begünstigung der Künstler. Wer die Kunst würdigen will, muß dies in seiner Stellung zu der Künstlerchaft beweisen! Um der Kunst willen darf der Künstler nicht der soziale Paria bleiben.

Und damit kommen wir zu ernstern Schattenseiten des persönlichen Regiments auf der Bühne, die die Welt bedeutet. Uns leiten bei dieser Betrachtung über die Stellung und Auswahl des Bühnenleiters in der Hauptsache drei Gesichtspunkte. Das Interesse der Kunst fordert allein gebieterisch: nur reinen Herzen, reinen Händen gebührt der Dienst im Heiligtum! Das Ansehen der Stadt ist von nun ab mit der Theater und seinen Schicksalen verbunden. Es wird demjenigen anvertraut, dem sie das Theater überläßt, und wahrscheinlich wird dies auf lange Zeit der Fall sein. Und dann vor allem eine sittliche Forderung im Interesse der Frauen und Mädchen, die den hohen Dienst der Kunst gewählt haben: Die Künstlerin

muß die Gewißheit haben, daß sie im Tempel der Kunst stets nur Priesterin ist und niemals Hetäre sein muß! Wir schreiben gerade diese Worte in besonderer Absicht und wünschen nichts schulischer, als daß sie überall und besonders am Tage der Entscheidung im Roten Hause Danzigs in ihrer vollen Bedeutung erfasst werden möchten. Es ist grausame Wahrheit, daß das Heiligste des Weibes, die Freiheit seiner Liebe, gerade dort nicht immer den Schutz genießt, wo der Geist Goethes und Schillers herrscht. Selbst die Presse verlagert häufig, wenn ein verfolgtes Edelwild den Launen eines Bühnenpapas zum Opfer fällt. Leider kann sich ein richtiges Bild dieser Verhältnisse nur der machen, der die äußerlich ganz harmlos scheinenden Mittel und Wege kennt, die hinter der Bühne über ein Schicksal entscheiden. Wendlers ausgezeichnete Theaterroman Weiße Sklavinnen malt erschütternde Bilder der Verfolgungen einer charakterfesten Künstlerin, die ihre weibliche Ehre nicht den Gefüsten des Direktors opfern wollte. Ueber welche Heldengröße muß die Künstlerin verfügen, die sich wegen der ihr zugemuteten Schmach in die Öffentlichkeit flüchtet. Wer glaubt ihr, wer ist ihr Zeuge? Vor etwa einem Jahre erhob eine angesehene Künstlerin, die Frau eines im Felde stehenden Offiziers, gegen den 65 Jahre alten Direktor des Deutschen Volkstheaters in Wien den Vorwurf des Angriffs auf ihre weibliche Ehre. Die Folge war, daß keine bürgerliche Zeitung ihr Beistand gewährte und der Direktor der Gefräßten mit der Klage drohte. Nun griff ein Führer der Schauspielerei zur Notwehr und beschuldigte den Drohenden öffentlich. Sofort stellte dieser wieder Klage in Aussicht, bei der die Künstlerin selbstverständlich Zeugin gewesen wäre. Diese Klage unterblieb jedoch, trotz der Erinnerungen des Künstlers, und die Folge war die freiwillige Amtsniederlegung des Direktors. So gehen aber nicht alle Fälle dieser Art aus und der Bühnenverein der Direktoren und seine Berufserklärungen besitzen große Macht. Möge die Stadt dafür sorgen, daß wenigstens jeder direkte Einfluß des Bühnenvereins von ihrer Bühne ausgeschaltet bleibt.

Wenn wir so noch in letzter Stunde mahnen und warnen unsere Stimme erheben, so hoffen wir, daß wir niemals werden anklagen dürfen. Wir schreiben wissend über Bewerber, die in erster Linie bevorzugt sein sollen. Wir wissen, daß sogar amtlich Vestliches, Allzuöstliches klar und unzweideutig bestätigt worden ist! Dies und anderes darf unter keinen Umständen übersehen werden, auch nicht durch Rücksichten auf das Alter der Weisheit. Wir hoffen, daß das geschehen wird, ungeachtet besonderer Wünsche und mächtiger Sippen.

Die Entscheidung der Stadtverordneten über die städtische Bühne sollte ein in Wahrheit großer Tag sein. Wir hoffen, daß er auch ein Tag wahrer Größe Danzigs und der Weisheit seiner Sachwalter werden möge.

Kriegsnachrichten

Die Heimkehr der Möwe

Das W. L. B. meldet amtlich aus Berlin vom Sonnabend: S. M. S. „Möwe“, Kommandant Korvettenkapitän Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobien, ist heute nach mehrtägiger erfolgreicher Kreuzfahrt mit vier englischen Offizieren, 29 englischen Seesoldaten und Matrosen, 166 Köpfen feindlicher Dampferbesatzungen, darunter 103 Indier als Gefangene, sowie einer Million Mark in Goldbarren in einen heimischen Hafen eingelaufen. Das Schiff hat folgende feindliche Dampfer aufgebracht und zum größten Teil versenkt, zum kleineren als Prize nach neutralen Häfen gelandt:

- „Lugemburg“, 4322 Bruttoregistertonnen, belgisch,
- „Corbridge“, 3687 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Anthon“, 3496 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Trader“, 3608 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Ariadne“, 3035 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Dromonby“, 3627 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Farrington“, 3146 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Elan MacLaviß“, 5816 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Appam“, 7781 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Westbura“, 3300 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Herace“, 3335 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Flamenco“, 4629 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Edinburgh“, Segelschiff, 1473 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Saron Prince“, 3471 Bruttoregistertonnen, englisch,
- „Maroni“, 3109 Bruttoregistertonnen, französisch.

S. M. S. „Möwe“ hat ferner an mehreren Stellen der feindlichen Küste Minen gelegt, denen unter anderem das englische Schlachtschiff „Edward VII.“ zum Opfer gefallen ist.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Tränen werden zu Diamanten

Die Gefahren der Munitionslieferung für Amerika beleuchtet Professor Dr. W. T. Myers, der Vorsitzende der amerikanischen pharmazeutischen Gesellschaft, in einem Artikel, der in der Pharmazeutischen Zeitschrift in wörtlicher Uebersetzung erscheint. Er versucht darin, seine amerikanischen Mitbürger aufzuklären. Der Widerstand gegen die Ausfuhr von Waffen und Munition wird den Deutschen als Verbrechen angerechnet. Ich halte es, so sagt Myers, vielmehr für eine patriotische Pflicht und jeder unworrenge-nommene Amerikaner wird mit mir übereinstimmen. Nicht, daß Deutsch-Amerikaner den Erzeugern ihren großartigen Profit mißgönnen, das liegt ihnen fern. Sie wünschen der amerikanischen Industrie Gedeihen. Es könnten die durch amerikanische Munition geblödeten Deutschen, unter denen es vielleicht nahe Verwandte gibt, als sentimentale Ulfache mitwirken und beitragen zur Verstärkung des Widerstandes. Doch ist dies die geringste Gefahr für das amerikanische Volk. Die

größte Gefahr, welche dieser Schacher notwendigerweise herbeiführen muß, liegt in der furchtbaren Veränderung, welche in der Auffassung der Grundbegriffe der Rechlichkeit und Brüderliebe eintritt. Jedermann, vom reichsten Kapitalisten bis zum ärmsten Arbeiter in den Munitionsfabriken, wünscht ja jetzt eine möglichst lange Dauer dieses schauerlichen Krieges, denn je länger sie einander töten, um so mehr Arbeit und um so mehr Profit. Jeder Tropfen Bluts, der auf den Schlachtfeldern Frankreichs, Russlands und Serbiens vergossen wird, schreit um mehr Granaten; die Tränen der Witwen werden in den Augen dieser Millionäre zu Diamanten, da jede Träne ein neues Geschoh erheischt. Das Wehklagen der Waisen erklingt den Arbeitern wie triumphierendes Halleluja, denn jedes Waisenkind ruft um Rache, daher mehr Blutvergießen, mehr Granaten. Härter als das Herz des grausamsten Soldaten wird das Herz dieser Fabrikanten; der erstere kann einen oder einige töten, während der Kapitalist sich weidet an dem Bewußtsein, das Werkzeug zur Tötung Tausender zu sein. Läge es in der Macht dieser reichen Leute, den Krieg zu verlängern, gewiß würden sie es tun; tatsächlich haben sie es schon getan, indem sie 500 Millionen den Engländern gesendet haben. . . . Wahrlich, sind die Ideale der Gründer dieser Republik nicht

ganz lot, so sollten alle guten Menschen aufstehen in einmütigem Protest.
So urteilt ein Amerikaner.

Bei Verdun

geht der Kampf weiter. Nach den Meldungen der deutschen Heeresleitung nimmt er einen günstigen Verlauf für unsere Truppen. Den Antonenbunker der Schlacht vernimmt man im Schwarzwald, in der Rheinebene und in der Harz bis in die Gegend von Mannheim in solcher Stärke, wie er seit Kriegsbeginn noch nicht gehört worden ist. Auch in Karlsruhe hört man ein Trommelfeuer, das zeitweise selbst bei geschlossenen Fenstern und noch mehr in den Straßen wahrgenommen wird. Auf ruhigen Plätzen, besonders aber in den Waldungen in der Umgebung der Stadt, ertönen bis fortwährend sich folgenden Donnerschläge mit großer Stärke. Man vermag ganz deutlich die schweren, erschütternden Schläge der großkalibrigen Geschütze von dem beständigen, langhingelegenen Rollen der kleineren Geschütze zu unterscheiden.

Die Gefallenen Rußlands im Jahre 1915: 1942610 Mann, davon 125433 Offiziere

„Dagens Arbeter“ veröffentlicht einige Angaben über die russischen Verluste im Kriege bis Ende 1915. Das Blatt erhielt die Zahlen, die offiziell sind, aber nicht veröffentlicht werden, von einem durcheinanderreisenden Ausländer. Die Gesamtsumme der Gefallenen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1915 betrug 1942610 Mann. Von den Offizieren sind seit Beginn des Krieges 125433 tot, darunter 277 Generale.

Bedrängnis der Engländer bei Kut el Amara

Ueber Wien kommt folgende Meldung aus Konstantinopel: Die Beschiesung von Kut el Amara seitens der Belagerer wird immer stärker, wohingegen die Engländer nur in großen Pausen antworten. Sie scheinen an empfindlichem Munitionsmangel zu leiden, und ihre Lage wird nicht besser dadurch, daß ihnen ein Ausfall unter großen blutigen Opfern mißlang, und mit der Schlachtung der Bespannungspferde begonnen werden mußte infolge des unerträglichen Lebensmittelmangels. General Townshend verlangt fortwährend per Funkpruch Hilfe.

Politische Rundschau

Die Tabaksteuervorlage

ist jetzt veröffentlicht.

Die bisherigen Abgaben auf Rohlabak und Tabakerzeugnisse werden erheblich erhöht. Der Reinertrag aus den vorgeschlagenen Abänderungen wird auf 209 600 000 Mark, das sind 72 600 000 Mark mehr als bisher, berechnet. Aus dem Kriegsaufschlag zur Zigarettensteuer wird eine Einnahme von rund 87 Millionen erwartet, so daß voraussichtlich die Gesamteinnahmen 159 600 000 Mark betragen. Zu den Bestimmungen des Gesetzes wird unter anderem festgelegt: Für unbearbeitete Tabakblätter soll der geltende Gewerbesteuer von 35 Mark auf 130 Mark für einen Doppelzentner erhöht werden. Von der Erhöhung des Zollfußes für Tabakrippen und Tabakfliegen wird abgesehen. Der Zollfuß für bearbeitete Tabakblätter soll um 55 Prozent für Karotten um 43 Prozent und für geschmittenen Rauchtabak um 57 Prozent erhöht und für Rau- und Schnupftabak verdoppelt werden. Für Zigarren ist eine Zollerhöhung auf 700 für Zigaretten auf 1500 für einen Doppelzentner in Aussicht genommen. Rohlabak, bearbeitet und unbearbeitet, unterliegen außer dem vorgeschriebenen Zoll einer Zollzuschlag von 65 Prozent des Wertes. Für die in der Zukunft eingeführten Zigaretten beträgt der Zollzuschlag 1700 für einen Doppelzentner. Die im Zigarettensteuergesetz für zigarettensteuerfreien Feinschnitttabak festgelegte Preisgrenze wird von 3,50 auf 5 Mark hinaufgesetzt.

Die Höhe des Kriegsaufschlags für Zigaretten

betragen für die unteren drei Steuerklassen 20 Prozent, für die oberen drei Klassen etwa 25 Prozent der Höchstgrenze des Kleinvertriebspreises. Abweichend von der Vorchrift über die an sich reichlich bemessene sechsmonatige Erhebung der Zigarettensteuer ist für den Kriegsaufschlag nur eine dreimonatige Erhebung vorgesehen, damit die Mehreinnahmen möglichst bald dem Reiche zufließen. Für die in der Zeit vom 1. März 1915 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes von den Händlern erworbenen Zigaretten wird ein Nachzoll von 450 Mark für den Doppelzentner und von 25 Prozent des beim Uebergang in den freien Verkehr festgesetzten Wertes erhoben. Für die in der gleichen Zeit von den Händlern erworbenen Zigaretten wird ein Nachzoll von 600 Mark für den Doppelzentner erhoben. Die Folge der Annahme des Gesetzes wäre eine erhebliche Vertiefung des Auswärtigen. Da breiten Klassen (namentlich auch unsere Soldaten im Felde) würden weniger und schlechteres Essen zu machen bekommen. Die Arbeitsgelegenheit in den Tabakfabriken würde abnehmen, auch in den Nebengewerben, in denen Zigarettenfabrikanten, Zigarettenhändler, Zigarettenhändler beteiligt werden. An den Zigarettenhandlungen wird die Arbeitsgelegenheit für Handelsreisende und Handlungsgehilfen abnehmen.

Für die Sozialdemokratie ist das neue Gesetz unannehmbar.

Die Presse der bürgerlichen Parteien stellt sich dem Entwurf freundlich gegenüber.

Der Prozeß gegen die „Internationale“

Die Verhandlung gegen die Herausgeber und Mitarbeiter der letzten Zeitungsnummer der „Internationale“ für Paris und London des „Internationale“, die über die erste Nummer nicht hinausgekommen ist, soll am 22. März vor der Strafkammer in Düsseldorf stattfinden. Ange-

klagt sind die Genossinnen Auguste und Zettin, sowie die Genossen Rehring und Pfeiffer (letzterer als Drucker) wegen Vergehens gegen §§ 130, 110, 111 und 47 Str. O. B. (Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle sowie Versuch der Verleitung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam). Weiter war mitangeklagt der Genosse Peter Verten-Düffelsoff (als Verleger); die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen ihn ist jedoch bis auf weiteres ausgefetzt worden. Verten ist zurzeit Soldat.

Deutschland und die Union.

In Amerika spielen sich bedeutende Kämpfe in den Regierungskreisen ab, die die einzunehmende Haltung gegen Deutschland zum Gegenstande haben. Präsident Wilson ist für scharfe Ablehnung der Anerkennung des deutschen Vorgehens, daß von jetzt an bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsschiffe betrachtet und von den deutschen Unterseebooten ohne Warnung und ohne die Gewährung der Rettungsmöglichkeit für die Besatzungen und Passagiere versenkt werden sollen. Senator Gore hat jedoch im Senat einen Antrag eingebracht, der von der Regierung verlangt, er solle die Amerikaner amtlich davor warnen, auf bewaffneten britischen Handelsschiffen zu reisen. Der Senat hat jedoch mit 68 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Beratung des Antrages Gore auf unbestimmte Zeit zu vertagen, ein Ausweg, der anscheinend ein Sieg Wilsons ist.

Von anderer Seite sieht man in Wilsons Verhalten ein Wohltatener, um Roosevelt entgegenzutreten. Gewiß hat die Spannung zwischen Deutschland und Amerika wieder einmal einen bedenklichen Grad erreicht. Doch ist ein Krieg zwischen Deutschland und der Union nicht besonders wahrscheinlich, weil die Vereinigten Staaten bei dem gegenwärtigen Zustande viele hundert Millionen Dollars gewinnen, während sie in einem Kriege nur Ausgaben hätten, denen irgend ein entsprechender Gewinn nicht gegenüberstehen würde. Welche Meinung man auch über die Yankees haben mag, daß sie gute Rechner sind, wird ihnen niemand abstreiten.

Aus dem preussischen Landtage.

Nachdem das Preussische Abgeordnetenhaus in den letzten Tagen kleinere Gänge beraten hatte, wurde am Dienstag der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung verhandelt. Der Vorwärts schreibt hierüber: „Die Debatten bildeten im wesentlichen eine Nachlese der bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums gepflogenen Auseinandersetzungen über die Sicherstellung der Ernährung des Volkes. Von konservativer Seite wurden wiederum die Opfer der deutschen Landwirtschaft in den höchsten Tönen gepriesen und jede Schuld der Landwirte an der Lebensmittelteuerung entschieden in Abrede gestellt. Im einzelnen wurden Maßnahmen zur Förderung der Geflügelzucht, zur Urbarmachung von Moor- und Weidelandereien und die möglichst umfangreiche Beurteilung von Landwirten zur Frühjahrsbefestigung verlangt — Forderungen, gegen die sich auch von unserer Seite nichts einwenden läßt. Wohl aber müssen wir gegen das immer und immer wieder hervortretende Bestreben, die Regierung einem höheren Zollschutz geneigt zu machen, entschieden Widerspruch erheben. Unsere so viel gepriesene Schutzpolitik hat sich, wie Genosse Hofert überzeugend nachwies, keineswegs bewährt, im Gegenteil: sie ist in der Hauptsache schuld an der Lebensmittelteuerung, und es wirft ein eigenartiges Licht auf die Absichten unserer Großgrundbesitzer, wenn sie fortgesetzt unter Berufung auf ihre Leistungen während des Krieges einen noch größeren Schutz der nationalen Produktion fordern. Auch das Märchen von der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten infolge der angeblich gestiegenen Löhne zerstreute Hofert mit guten Argumenten. In der Tat dürfte das Bild, das er von der Lage der Landarbeiter entrollte, der Wirklichkeit eher entsprechen, als die teils von interessierter, teils von schlecht unterrichteter Seite veröffentlichten Darstellungen. Seine Ausführungen über die schlechte Lage der Kriegerfrauen auf dem Lande, über den Ausnahmezustand, unter dem die Landarbeiter leben, über die Verzüge auf Beseitigung der Freizügigkeit riefen zwar lebhaften Widerspruch auf der rechten Seite des Hauses hervor, aber weder dieser Widerspruch, noch die unqualifizierten Zwischenrufe aus den Reihen der Mehrheitsparteiellen sind imstande, die Richtigkeit dessen, was er sagte, zu erschüttern. Ebenfalls dürfte die Erwiderung des Abg. Dr. Koesike (Kons.) geeignet sein, die Worte unseres Redners auch nur in einem Punkte zu entfräften.“

Am Mittwoch fiel die Plenaritzung aus. Am Donnerstag wurden die Etats der Anstaltungskommission und der Eisenbahnverwaltung beraten.

Ueber das Schicksal des Polenantrages, die Zuteilung eines Rentengutes nicht von der Abstammung, dem Religionsbekenntnis, der Muttersprache oder der politischen Gesinnung abhängig zu machen ist noch nachzutragen, daß der Antrag in der wiederholten Abstimmung abgelehnt wurde.

Bruch Deutschlands mit Portugal

Berlin, 8. März. (Herald, W. L. B.) Der kaiserliche Gesandte in Lissabon, Dr. Rosen, ist angewiesen, heute von der portugiesischen Regierung unter gleichzeitiger Heberzeugung einer ausführlichen Erklärung der deutschen Regierung keine Fülle zu verlangen. Dem portugiesischen Gesandten, Dr. Sidonio Vaes, sind heute ebenfalls keine Fülle zugesetzt worden.

Der Entwurf einer Quittungssteuer.

Die Regierung hat jetzt den dritten ihrer Steuergezetzentwürfe veröffentlicht. Während die Kriegsgewinnsteuer unannehmbar ist und nur zu kritisieren war, daß der Reichschatzsekretär so beharren in seinen Wünschen blieb, wor der zweite Entwurf, die Tabaksteuer für die Sozialdemokratie unannehmbar, ebenso unannehmbar ist für unsere Partei der dritte Entwurf eine Quittungssteuer.

Die wirtschaftspolitischen Einzelheiten des Entwurfes, seine Bedeutung für die Entwicklung des bargeldlosen Zah-

lungsverkehrs“ und dergleichen werden im Laufe der Zeit noch oft besprochen werden müssen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Jede Quittung über einen Betrag von mehr als 10 Mark muß mit einem Stempel in Höhe von 10 Pfennig und, wenn die Summe mehr als 100 Mark beträgt, in Höhe von 20 Pfennig versehen werden. Befreit von der Steuer sind nur Quittungen über Arbeits- und Dienstlohn, Gehalt, sonstige Dienstbezüge und Rohgehalt, Witwen-, Waisen- und Elterngehälde Zahlungen auf Grund der Reichsversicherung, Zahlungen auf Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht, Unterstützungsgelder und ähnliche Zahlungen aus öffentlichen unprivaten, nicht auf einen Gewinn der Unternehmer berechneten Kassen und Anstalten, Zahlungen für Wohnungsmieten, wenn der Mietpreis auf ein Jahr berechnet ist und nicht 30 Mark übersteigt.

Zwecks Durchführung der geplanten Quittungssteuer plant die Regierung die Durchführung des Quittungszwanges für Zahlungen, deren Quittungen steuerpflichtig sind, muß man sich nach der Regierungsvorlage künftig eine Quittung geben lassen. Ausgenommen vom Quittungszwang sollen nur Zahlungen zur Gewährung der üblichen Gelegenheitsgeschenke, Almosen, Beiträge zu Sammlungen für mildtätige und gemeinnützige kirchliche Zwecke und Geldzahlungen zwischen Familienangehörigen sein.

Durch die neue Quittungssteuer soll ein Ertrag von rund 100 Millionen Mark erzielt werden.

Auführprozeß in Irland.

Vor dem Polizeigericht in Cork, einem Gerichtshofe der aus sieben Friedensrichtern unter dem Vorsitz des Lordmayors zusammengesetzt war, hatte sich Terence J. McSwiney zu verantworten, der beschuldigt war, aufrührerische Reden bei einer Werbeversammlung der Irish Volunteers (die regierungsfeindliche Freiwilligenorganisation in Irland) gehalten zu haben. Der Angeklagte führte aus, daß die irischen Freiwilligen jetzt über ganz Irland verbreitet wären und gute Waffen besäßen, was ihre Feinde noch zu fürchten bekommen würden. Er wisse sehr wohl, daß die Regierung sie beobachte, sie wären aber jetzt in der Lage, der Regierung Trost zu bieten und ihre Rechte zu verteidigen. Es wurde ferner nachgewiesen, daß der Angeklagte eine Zeitung Fianna Fail herausgab und darin aufrührerische Artikel veröffentlichte. Einer dieser Artikel enthielt ein deutsches Manifest an Irland, in welchem in Aussicht gestellt wurde, daß Irland beim günstigen Verlauf des Krieges von Deutschland als unabhängiger Staat anerkannt werden würde. In einem anderen Aufsatze, der angeblich einen Brief aus Kanada darstellte, wurde die irische Politik Redmonds aufs schärfste angegriffen und der Wunsch ausgesprochen, daß eine Kugel durch Redmonds Kopf Irland von ihm befreien möge. Weiter wurden Briefe und amerikanische Zeitungsartikel verlesen, die bei dem Angeklagten gefunden worden waren. In einem der Briefe des Angeklagten wurde erklärt, daß kein Ire englische Kriegsdienste nehmen dürfe, denn wenn Irland einst für seine Freiheit sich erheben sollte, dann müsse jeder Ire die Waffen gegen England ergreifen. Ein für die Zeitschrift des Angeklagten bestimmtes Manuskript bezeichnete alle Iren, die sich anwerben ließen, als Engländer gemietete Menschenbeschläger. Als aus einem weiteren Briefe die Stelle verlesen wurde: „Wir wollen alles tun, um gegen England zu kämpfen“, erhob sich im Zuschauerraum lauter Beifall, so daß der Präsident drohte, die Galerie räumen zu lassen. Ein letzter Brief enthielt die Stelle: „Es fehlt uns nicht an Munition. Wir besitzen 5000 Runden für John Bull & Co.“

Weiter war bei dem Angeklagten ein Telegraphenschlüssel gefunden worden, wie er in verschiedenen Armeen gebräuchlich ist; der Angeklagte hatte versucht, dies Schriftstück bei seiner Verhaftung zu zerreißen.

Die Verhandlung verlief stürmisch. Die Mehrheit der Friedensrichter sprach den Angeklagten von der Anklage der Aufreizung frei, erklärte ihn jedoch für schuldig, einen militärischen Code befehlen zu haben, und verurteilte ihn dafür zu einem Schilling Geldstrafe.

Einer der Friedensrichter protestierte gegen das Urteil und beantragte, das ganze Verfahren einer höheren Instanz zur Wiederaufnahme zu unterbreiten. Die Mehrheit des Polizeigerichts weigerte sich jedoch, dem Antrage Folge zu geben. Diese Mitteilung wurde im Zuschauerraum mit lautem Beifall aufgenommen, unter allgemeinem Schwenken von Hüten, Stöcken und Taschentüchern der Zuschauer verließ der Gerichtshof den Saal, und das Lied „Gott segne Irland“ wurde immer wieder gesungen, bis alle Gerichtspersonen das Gebäude verlassen hatten.

Einer der Genossen des Angeklagten, Thomas Kent, wird sich in einigen Tagen wegen des gleichen Vergehens zu verantworten haben.

Deutsche Dampfer in italienischen Diensten. Dem Pariser Temps zufolge sind von 37 deutschen Dampfern, die in italienischen Häfen interniert waren, drei unbrauchbar, die anderen werden von Italien verwendet. Neun versehen die Schifffahrt zwischen Stalien und England, achtzehn mit den Vereinigten Staaten.

Hungerstreiks in Spanien. Ueber die Wirtschaftskrise in Spanien meldet ein Sondertelegramm des Pariser Temps unter anderem: Die Lage in Valencia ist ernst, der Bürgermeister hat sein Amt niedergelegt. In Zusammenkünften zwischen der Polizei und den Streikenden gab es Tote und mehrere Verletzte. Handelshäuser und Fabriken sind geschlossen. Die Stadt liegt infolge Strommangels im Dunkeln. Zeitungen erscheinen nicht. In Coruna, Soria, Barcelona, Sevilla, Cadix und anderen Städten fanden Kundgebungen gegen die Teuerung statt.

Staatsunterstützung für sozialdemokratische Jugendvereine. Der sächsische Kultusminister erklärte in der zweiten Kammer, künftige würden auch sozialdemokratische Jugendvereine eine Staatsunterstützung zur Erhaltung der Jugend erhalten.

Danziger Nachrichten

Volkstunstabend der Arbeiter-Jugend.

Die Arbeiter-Jugend zu Danzig veranstaltet am Sonntag, den 2. April im Lokale der Witwe Steppuhn einen Volkstunstabend und schließt damit ihre künstlerischen Veranstaltungen für diese Winterzeit.

Billetts zu der Veranstaltung sind auch im Vorverkauf in den beiden Verkaufsstellen des Konsumvereins, Tischlergasse 41 und Langfuhr, Brunshöfer Weg 24, zu haben.

Gedenktage Danziger Truppen.

- 1. Landsturm-Feldbatterie des 17. A.-K. 11. 2. 15. Imha. Batterie stand bis zur Dunkelheit bei Mst-Krzynen in Stellung und schloß auf Schützengräben. Festiger Schneesturm verhinderte Weiterfeuern.

- 2. Landsturm-Feldbatterie des 17. A.-K. 18. 2. — 19. 2. 15. Wipinskie. Kämpfe beim Vormarsch gegen die Festung Ossowiec. Am zweiten Tage Vernichtung eines Beobachtungspostens auf einer Windmühle und artilleristische Vorbereitung zum Sturm auf Bialaszewo, der am Abend des zweiten Tages stattfand.

- 2. Leibhusaren-Regiment Königin Viktoria von Preußen Nr. 2. 16. 2. — 23. 2. 15. Zwischen Glinojed und Racionz. Die Brigade L. H. schlägt die dauernden Angriffe weit überlegener russischer Infanterie siegreich zurück.

- 1. Leibhusaren-Regiment Nr. 1. 5. 2. 15. Sicherung am Drenetz. Regiment sichert mit einem Landsturmbataillon des Drenetz beiderseits Grzebsk in einer Ausdehnung von 17 Kilometern.

- 14. 2. 15. Zychowo, Racionz. Nach schnellem Vorwärtsdrängen von Skrltowo über Lubewin stößt das Regiment an diesem Tage bei Zychowo auf stärkeren Widerstand. Rittmeister überfällt mit der 1. Eskadron im Fußgefecht eine Kosaken-Eskadron und bringt ihr starke Verluste bei.

- 15. 2. — 21. 2. 15. Krajtowo, Kossobudn, Dramin, Zdunowo. Schwere Gefechte des Regiments bei Krajtowo, Kossobudn, Dramin und Zdunowo. Das Regiment im Verbands der verstärkten Leibhusaren-Brigade schlägt zahlreiche Angriffe bei Tag und Nacht eines vielfach überlegenen Gegners unter den schwierigsten Verhältnissen ab.

Die Breitlinge

sind nun endlich für die Danziger Bevölkerung zu einem Nahrungsmittel geworden, das ihr einen Teil des rar gewordenen Fleisches ersetzen kann. Das Stellvertretende Generalkommando hat die Beschlagnahme des fünften Teiles aller in der Danziger Bucht gefangenen Breitlinge verfügt.

Mängel zu beseitigen. In verschiedenen Stadtteilen sind Verkaufsstellen eingerichtet worden und der Bezug der wohlgeschmeckenden Fische ist nun wesentlich leichter. Wenn einige Wochen weiter so erhebliche Fischmengen für die Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung stehen, so muß das den Fischmarkt doch ein gutes Stück entlasten.

Die geräucherten Breitlinge kosten bereits 90 Pfg. das Pfund. Ein Höchstpreis von 50 Pfennigen wäre reichlich angemessen.

Breitlingsrezepte.

(Ausstreichen.)

Einsalzen der Breitlinge für den Hausgebrauch. Die Breitlinge werden gereinigt, sauber gewaschen und leicht gesalzen, so läßt man sie 24 Stunden stehen. Dann gibt man sie in ein Sieb, damit die Blutfase, die sich in dieser Zeit gebildet hat, abfließen kann.

Breitlinge sauer einlegen. Frische Breitlinge werden geköpft und sauber gereinigt und gewaschen, darauf 24 Stunden leicht gesalzen, darauf auf ein Sieb zum Abtropfen gegeben. Hierauf werden sie schichtweise mit Senfsörnern, Lorbeerblatt, Pfeffer, Gewürz und geschnittenen Zwiebeln in einem Steintopf oder Glas und mit Essig nach Geschmack eingelegt.

Breitlinge als Aufschnitt einmachen. 8 bis 10 Pfund Breitlinge werden sauber gewaschen. Hiernach läßt man sie gut abtropfen. Inzwischen nimmt man 60 Gramm Pfeffer, 60 Gramm Gewürz, 10 Stück Kreidnetzen und mahlt dieselben fein, vermischt dieses dann mit 1/2 Pfund Salz, 1/4 Pfund Zucker und 10 Gramm Salpeter.

Breitlinge in Gelee. Gut gereinigte Breitlinge werden zirka drei bis vier Stunden leicht gesalzen. Hierauf zum Abtropfen auf ein Sieb gelegt. Inzwischen läßt man folgende Marinade kochen. Wasser nach Bedarf, als man glaubt, damit die Fische zu bedecken. Essig nach Geschmack, Zwiebeln, Lorbeerblatt, Gewürz, Pfeffer und einige Blatt weiße Gelatine.

Breitlingsklops. Sauber geköpft, gereinigte und mehrmals gewaschene Breitlinge läßt man in kochendem Wasser einmal aufwallen. Hierauf gießt man alles durch ein Sieb, läßt die Fische erkalten und entgrätet sie dann.

Gebackene Breitlinge. Sauber geköpft und darauf gewaschene Breitlinge werden zwei bis drei Stunden leicht gesalzen. Bringt Wasser, dem ein Schuß Essig beigegeben wird, mit Pfeffer, Gewürz, Lorbeerblatt und Zwiebeln zum kochen.

Kriegsanleihe-Zeichnungen bei der Post. Die Post ist als Vermittlungsstelle für die Zeichnungen auf die vierte Kriegsanleihe wiederum tätig. Wer sich also dieses bequemen Weges bedienen will, dem steht jeder Postschalter zur Verfügung.

- 1. daß die Post nur Zeichnungen auf die 5 prozentige Kriegsanleihe (nicht auch solche auf die 4 1/2 prozentigen Reichsschatzanweisungen) entgegennimmt.
- 2. daß die gezeichneten Beträge spätestens am 18. April voll bezahlt sein müssen. Sie können schon am 31. März bezahlt werden.

Anderer Einschränkungen bestehen nicht. Wer bei der Post zeichnen will, kann sich an jedem beliebigen Schalter einen Postzeichnungsschein geben lassen. In den Landpostbezirken und in Orten bis zu 20 000 Einwohnern wird allen Personen, die als Zeichner in Frage kommen, der Zeichnungsschein ins Haus gebracht.

scheine, die einen Vordruck enthalten, werden ausgefüllt: Betrag der Zeichnung, Name, Stand, Wohnort und Wohnung des Zeichners. Dann werden sie entweder am Schalter abgegeben oder in einem unfrankierten Umschlag mit der Aufschrift „An die Post“ in den Briefkasten gesteckt.

Durch die Post erhält dann der Zeichner eine Zahlungsaufforderung mit einer Zahlkarte zugestellt, die der Zeichner selbst auszufüllen hat. Mit dieser Karte begibt er sich zu der Postanstalt, bei der die Zeichnung erfolgt ist, und zahlt dort den zu leistenden Betrag ein. Auf dem Lande kann die Einzahlung durch Vermittlung des Briefträgers erfolgen, bei dem die gewünschte Auskunft über das einzuschlagende Verfahren einzuholen ist.

Der Warenschwindel geht weiter!

Eine Nachricht, die geeignet ist, Kaufleute und Händler aller Art vor der übereilten Einlieferung von Geld bei Warenbestellungen dringend zu warnen, geht uns aus Berlin zu.

In letzter Zeit sind wiederholt Schwindelereien vorgekommen mit Margarine, Petroleum, Fleischwaren usw. Zahllose Geschäftsleute im Reich sind darauf hineingefallen. Nach Art dieser Praktiken betreibt jetzt von hier aus einen großangelegten Warenschwindel ein älterer Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht.

Also Vorsicht! Zweifellos reisen in diesem Artikel noch mehr gleichgesinnte Gentlemen!

Die städtische Kriegssteuerreform,

die wir in der vorigen Nummer ausführlich ablehnend besprachen, hat auch in bürgerlichen Kreisen böses Blut gemacht. In mehreren Zuschriften an uns wird dem Erstaunen drastisch Ausdruck gegeben, daß die verhältnismäßig geringe Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses bei unbebauten Grundstücken abgelehnt werden konnte.

Die neue Steuerbelastung nimmt sich so aus: der Magistrat forderte insgesamt 312 000 Mark, die Stadtverordneten bewilligten 330 000 Mark. Der Magistrat erlangte aus den sozialen Müll- und Luftbarkeitssteuern 225 000 Mark, die Stadtverordneten bewilligten aus diesen Quellen jedoch

270 000 Mark! Dadurch erübrigt sich die weitere Kritik dieser steuerlichen Ungerechtigkeiten.

Die Inhaber der Kinos haben durch eine öffentliche Erklärung zu der neuen Kinosteuer Stellung genommen. Sie legen darin mit Recht:

Die Steuer soll zwar, nach dem Magistratsbeschluss, vom Publikum bezahlt werden. Das ist aber eine Maßnahme, die in erster Reihe den Mittelstand, das Militär und den kleinen Mann treffen würde. Denn gerade diese sind es, welche die Kinos am meisten besuchen, um dort Unterhaltung und Erholung zu suchen.

Eine ganz besondere Härte liegt in den folgenden Ausführungen des Herrn Stadts. Ehm:

„Durch die Erhöhung würde man auch das Militär treffen, das die Kinos stark bevollkret und keinerlei Steuern zahlt.“

Der Soldat, der, sei es nach überstandener Krankheit, sei es als Verwundeter oder Urlaubler, das Kino zu seiner Unterhaltung aufsucht, hat in vielen Fällen seine Kräfte, seine Gesundheit für das Vaterland und also auch für die Stadt Danzig hergeben müssen, und dafür wird er vom Stadts. Ehm für den geringsten Steuerzahler gehalten. Doch diese Begründung in der Stadtverordnetenversammlung unvorderstehend geblieben ist, ist unbegreiflich. Es wäre wohl viel richtiger gewesen, wenn der Vorschlag gemacht wäre, das Militär von der Steuer auszuscheiden.

Auch wir halten es für notwendig, noch einmal die Tatsache zu unterstreichen, daß dem Ehmischen Vorschlage, sogar unsere Arbeiter zu bestrafen, nicht von einem einzigen Stadtverordneten und auch nicht vom Magistratsrat widersprochen worden ist! Die Besteuerung der Arbeiter ist vielmehr Tatsache geworden. Das ist kein Ruhmesblatt für das nordische Venedig. Ein Trost bleibt dabei, daß dieser Beschluß von keinem Volkshaufe, sondern von Bevorzugten gefaßt worden ist. Somit wäre er auch nicht möglich gewesen.

Auf den Lichtbildervortrag „Im Sibirischer Grenzgebiet“ bittet uns der Bildungsausschuß nochmals hinzuweisen. Die Veranstaltung findet im Steppenhallen Lokale am Nachmittag des morgigen Sonntag statt. Sie beginnt um 4 Uhr. Eintrittskarten sind in den Gewerkschaftsbureaus und in der Buchhandlung Volkswacht zum Preise von 30 Pfennigen pro Stück zu haben.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise sind weiter bestraft worden:

Arbeiterfrau Gertrud Juszkowski, geb. Duniwicki, Danzig-Schellmühl, Brodtkircherweg 18, mit 75 Mark entl. 15 Tagen Gefängnis.

Besitzer Julius Hoffmann, Eggershütte, Kreis Ranthaus (Weipr.), mit 100 Mark entl. 20 Tagen Gefängnis.

Stiefelmeisterfrau Perette Kullina, geb. Dembrowski, hier, Schillingfelderweg 3, mit 150 Mark entl. 30 Tagen Gefängnis.

Pensionsinhaberin Luise Karlikowski, hier, Breitgasse 117, mit 30 Mark Geldstrafe entl. 6 Tagen Gefängnis.

Rechnerin Rosalie Borziemer, Borgfeld, mit 30 Mark entl. 10 Tagen Gefängnis.

Händlerin Frau Daphine Bohlmann, geb. Koch, hier, Weibengasse 11, mit 50 Mark entl. 10 Tagen Gefängnis.

Fleischermeisterfrau Martha Schröder, geborene Schmidt, D. u. S. Langhahn, Hauptstraße 125 mit 70 Mark.

Der städtische Verkauf von Süßwasserfischen hat ebenfalls begonnen. Zum Verkauf kamen am ersten Tage etwa 50 Hechte, Barbe u.ä. ferner ein großer Teil Stinte. Für die Woche war die Nachfrage gering. Es ist zu wünschen, daß sich die Bevölkerung auch dem Genusse dieses Fisches anwendet.

Kartoffelanzeigepflicht. Wie uns das Statistische Amt mitteilt, haben verschiedene Hausbesitzer, Händler und Erzeuger ihre Kartoffelbestände noch nicht angezeigt. Wir weisen daher nochmals auf die Bekanntmachung des Magistrats über die Anzeigepflicht für Kartoffeln hin. Hiernach sind alle Bestände von 20 Hektol. und darüber meldepflichtig. Unvollständige oder unrichtige Anzeigen sind mit hohen Geld- oder Freiheitsstrafen bedroht.

Höchstpreise für Eisenrinde. Bis zum 1. März 1916 trat eine Bekanntmachung in Kraft, durch die Höchstpreise für Eisenrinde, Schmiedeeisen und zur Gewerkschaftsgewinnung geeignete Kalksteinabfälle festgelegt wurden. Die Verkaufspreise für den Feinereis sind je nach der Güte angegeben.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung ergeben sich aus ihrem Wortlaut, der bei den Regierungsamts-Arbeitsblättern und öffentlichen Anzeigeböden einzuholen ist.

Aus Westpreußen

Eine Diebstahlschichte aus der Zeit der Fleischnot macht uns die Kunde durch die westpreussischen Zeitungen. Der Dieb plagte Elbing. In einem Laden der inneren Stadt kam eine Dame und fragte nach Fleisch. Sie hatte nur noch 20 Pfennig und an dem Kaufpreis sollten ihr auch noch 20 Pfennig dazu kommen. Sie sagte, sie würde ihre Aufschneiderin rufen und das Fleisch abholen lassen. Nach kurzer Zeit kam dann eine Frau, brachte die 20 Pfennig und sagte, das Fleisch für Frau... Aufmerksam wurde der Mann beobachtet. Nach nur kurzer Zeit verging und die Dame kehrte zurück. Man hätte es sich heraus, daß die Frau ein Dieb war. Die Dame die Frau einer Unbekannten geworden waren. Der Dieb, der auf so originelle Weise die 40 Pfennig zu beschaffen vermochte, kann einsehen, wie es geht.

Für Kriegswahlfahrtszwecke, die über den Rahmen der an die Kriegswahlmänner zu leistenden gewöhnlichen Zahlungen hinausgehen, hat die Stadt Elbing bisher 400 000 Mark ausgegeben. Die weitere Unterbringung nötig und die bis jetzt noch nicht Summen aufgebracht sind, fordert der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung eines neuen Anlehens von 2 000 000 Mark für diesen Zweck.

Schneid. Ein Bildhauer von etwa 20 Jahren im Alter von 20 Jahren nahm am Sonntagabend den ersten Bildhauer in der Werkstatt vor. Zur Abgabe gelangten aber Schneide, die Schneidmesser, die Schneidmesser, Schneidmesser um 4 Uhr war das Geschäft ausverkauft.

Auf der Grandenyer Schiffbrücke wurde die 10-jährige Tochter Gertrud Schmitt als Brandopfer durch ein Unwetter überfahren und getötet.

In Dietrichsdorf fanden Kinder des Arbeiters Eberwein aus Serwitz auf dem Seilzug einen Selbstmörder, der

dort bei einer Übung der Dt. Eglauer Artillerieabteilung verloren gegangen war. Sie nahmen das gefährliche Spielzeug mit nach Hause. Hier gefaßt sich zu ihnen der neun Jahre alte Sohn des Größl. Wagenmeisters Ruffowski aus Schönberg. Die 16 Jahre alte Emma Sosnowski nahm das Geschloß in die Hand, während die übrigen Kinder einen Kreis um sie bildeten und ihr zuschauten. Plötzlich fiel es zu Boden und explodierte. Die Wirkung war fürchterlich: das 2 1/2 Jahre alte Kind des Sosnowski wurde sofort getötet, während der neunjährige Ruffowski so schwere Verletzungen davontrug, daß der Knabe kurz darauf starb. Die 16 Jahre alte Emma Sosnowski wurde schwer verletzt, ihr jüngerer Bruder Walter kam mit geringeren Verletzungen davon. Beide wurden in das Kreiskrankenhaus nach Rosenberg eingeliefert.

Aus der Partei

Opfer des Weltkriegs. Das Redaktionsmitglied der Reichischen Tribüne in Gera, Genosse Franz Filip, ist am Freitagabend im Diafonissenhaus zu Halle bei schweren Verletzungen verunglückt. Filip wurde am 16. Januar 1915 zum Militär einberufen, nahm an der großen Durchbruchschlacht in den Karpathen und dem Einmarsch in Rußisch-Polen teil. Später kämpfte er in Serbien mit und wurde am 25. Oktober bei Palanka schwer verwundet.

Genosse Filip ist als Arbeiterkind am 24. Februar 1885 in Hilsenburg geboren, lernte als Buchdrucker, arbeitete im Ausland in Paris, zuletzt in Nürnberg und trat am 13. Mai 1913 in die Redaktion der Reichischen Tribüne ein. Der Verstorbene war infolge seines bescheidenen Wesens in den Kreisen seiner engeren Berufskollegen wie unter den Genossen allgemein beliebt.

Verurteilung eines sozialdemokratischen Redakteurs in Finnland. Der Gouverneur von Abo-Björneberg (Finnland) verurteilte im Verwaltungswege den verantwortlichen Redakteur des in Björneberg erscheinenden Parteiblattes Sozialdemokraten A. Jotinen zu einem Jahr Gefängnis. Die Verhängung dieser harten Strafe wird damit begründet, daß das Parteiblatt ein Bild gebracht hat, welches folgende Unterschrift trägt: „Die verbannten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsbund in Sträflingskleidern auf dem Wege zum Verbannungsorte.“

Echt garantiert reingekachelten

Schnupftabak

aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkacheel

Julius Gosda, Danzig

Rohtabakhandlung,

Häkergasse 5, il. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Mur Kachelbeileb!

Für das Bürgerrecht der Frauen

Das gewaltigste Völkerringen aller Zeiten tobt bereits im zwanzigsten Monat. Noch immer müssen unsere tapferen Krieger, die Volk in Waffen, treue Wacht zur Verteidigung des Vaterlandes halten. Vielen Familien hat der Krieg Trauer und Sorgen gebracht. Groß ist die Not und die Zeit bitter.

Vor allem die Frauen und Mädchen haben große neue Aufgaben übernehmen müssen; sie haben Gewaltiges in treuer Pflichterfüllung für ihre Familien und ihr Volk getan. Unverdorren haben sie das Schwerste in der Erwerbsarbeit geleistet, die Wunden des Krieges gelindert und Trost und Hoffnung gesendet. Sie haben sich unter den schwierigsten Verhältnissen aufopferungsvoll als Mütter, Arbeitende und Bürgerinnen bewährt.

Den Frauen und Mädchen nicht nur Dank und Anerkennung, sondern das volle Staats- und Bürgerrecht zu geben, muß jetzt die selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit sein.

Der Förderung dieser Aufgabe soll eine

Öffentliche Versammlung

für

Frauen und Männer

abgehalten, die am Sonntag, den 19. März 1916, nachm. 4 Uhr, im Bürgergarten der Witte Steppbahn in Schibitz, stattfinden.

Tagesordnung:

Das Gebot der Stunde für Deutschlands Frauen.

Rednerin: Frau Käthe Leu.

Freie Aussprache.

Alle Frauen, Mädchen und Männer, die den Ernst und die Pflichten dieser Zeit verstehen, werden eingeladen.

Wir rufen euch, kommt zahlreich!

Der Vorstand d. Sozialdemokrat. Vereins Danzig-Stad



Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie

- Silberne Herrenuhren . . . von Mt. 7,50
- Silberne Damenuhren 7,50
- Goldene Damenuhren 14,50
- Wasser 2,00

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Neueste Frühjahrs-Moden!!



Damen- und Herren-Stiefel
Knaben- u. Mädchen-Stiefel
Halbschuh u. Kinder-Stiefel

Konfirmanden - Stiefel von 9⁹⁵ an

in elegantesten und guten Passformen.

Grosse Auswahl in allen Preislagen.

Sehr preiswert

Schuh-Sport Flaum, Langgasse Nr. 84.

Gute Volks- und Jugendbücher

zum Preise von 10—50 Pfennigen

empfehlen in reicher Auswahl

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.



Tran

muß das Schuhfett enthalten, sonst verhindert es nicht das Eindringen des Wassers in das Schuhzeug.

Schuhfett Tranolin

und Universal-Tran-Lederfett

stets prompt lieferbar. — Ebenso Del-Wachs-Schuhputz

Nigrin. (Keine abfärbende Wassercreme.)

Carl Oentner, chem. Fabrik, Göttingen (Würtbg.)

Zur Frage der Volksernährung

Die neuen Kartoffelhöchstpreise

Ämtlich wird bekanntgegeben:

„Vom 15. März 1916 ab beträgt der Höchstpreis für Kartoffeln beim Verkauf durch den Kartoffelerzeuger im Großhandel für die Tomme: in den Ostprovinzen 90 Mark, in der preussischen Provinz Sachsen, im Königreich Sachsen und Thüringen 92 Mark, in den preussischen Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen usw. 94 Mark, in den übrigen Teilen des Deutschen Reiches 96 Mark. Beginnend mit dem 16. April 1916 erhöhen sich am 15. jeden Monats, letztmalig am 15. Juni, die Preise für die Tomme um 5 Mark. — Bei der Festsetzung der Kleinhandelshöchstpreise werden die Gemeinden keiner Beschränkung unterworfen. Die aus § 4 der Bekanntmachung über die Regelung der Kartoffelpreise vom 28. Oktober 1915 (R. G. Bl. S. 711) sich ergebende Verpflichtung der Gemeinden zur Festsetzung von Höchstpreisen bleibt unberührt.“

Die im ersten Abschnitt festgesetzten Höchstpreise gelten nicht für Frühkartoffeln aus der Ernte 1916. Der Preis für den Doppelzentner inländischer Frühkartoffeln darf beim Verkauf durch den Erzeuger 20 Mark nicht übersteigen. Als Frühkartoffeln gelten Kartoffeln, die vor dem 15. August 1916 geerntet werden. Die Gemeinden sind zur Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen für Frühkartoffeln (§ 4 der Bekanntmachung über die Regelung der Kartoffelpreise vom 28. Oktober 1915 — Reichs-Gesetzbl. S. 711 —) berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Diese Bestimmungen treten mit dem 15. März 1916 in Kraft.“

In Ergänzung der bisherigen scharfen Bestimmungen gegen Kartoffelerzeuger, die es auf die Enteignung unkommen lassen, hat der Bundesrat beschlossen, daß bei der Enteignung von Kartoffeln der nach den bestehenden Gesetzesvorschriften festzusetzende Uebnahmepreis um 30 Mark für die Tomme zu kürzen sei.

Die Zucker-Kalamität.

Die Zuckerpreise steigen, der Zucker wird knapp und von behördlicher Seite ist z. B. in Berlin den Cafés bereits vorgeschrieben worden, daß sie zum Kaffee nur noch zwei Stückchen Zucker verabreichen dürfen. Diese Zuckerknappheit ist absolut unverständlich, denn Deutschland produziert so enorme Mengen Zucker, daß wir in Friedenszeiten eine riesige Ausfuhr haben. Man müßte also annehmen, daß gerade in diesem Artikel jetzt, nachdem die Ausfuhr unmöglich ist, kein Mangel sein könnte. Ab 1. Oktober 1916 steigt zwar der Preis für Rohzucker um 3 Mark pro Doppelzentner; das rechtfertigt aber nicht, das bereits jetzt eine Preissteigerung für Verbrauchszucker einsetzt. Vermutlich haben die Spekulanten ihre unsauberen Hände wieder einmal im Spiel. Diesem Verdacht wird auch im Handels-Teil des Berliner Tageblatts Ausdruck gegeben, wo es heißt:

„Möglicherweise wird auch von beteiligten Kreisen, also vor allem von Händlern und Raffinerien jetzt mit dem Verkauf von Zucker zurückgehalten in der Hoffnung, daß die Regierung die Preise für Verbrauchszucker in die Höhe setzen werde. Die demnächst erfolgende Aufnahme der Zuckerbestände wird den Behörden einen vollen Einblick darin geben, wo Bestände von Zucker angesammelt worden sind, und man kann bestimmt damit rechnen, daß die Behörden gegen jeden Versuch, Zucker künstlich vom Markte fernzuhalten, entschiedene Front machen wird. Namentlich ist zu erwarten, daß die Zentraleinkaufsgesellschaft in allen Fällen, in denen eine Zuckeranfertigung erfolgt, von dem ihr eingeräumten Recht der Enteignung einen ausgiebigen Gebrauch machen wird.“

In der Tat werden ganz offenbar große Zuckermengen aus spekulativen Gründen vom Markte ferngehalten. Die Regierung hätte es aber in der Hand, den Zucker zu verbilligen, sie brauchte nur wenigstens für die Dauer des Krieges die Zuckersteuer aufzuheben.

— „Nehme pro Kopf 300 Mark Nutzen.“ Ein Einwohner hat auf dem freien Plage vor dem Hildesheimer Bahnhofe einen Brief gefunden. Er ist ohne Umschlag, weshalb die Adresse, an den er gerichtet ist, nicht festzustellen ist. Abfender des Briefes ist, wie aus dem gedruckten Briefkopf hervorgeht, ein „Biegeschäft und Weiderei“ in Bunde, Ostfriesland. Der Wortlaut des gemütvollen Schreibens ist folgender:

Guter Freund!

Bunde, den 10. 2. 1916.

Sandte Ihnen die 7 Kühe ab. Für Fracht usw. haben wir Mt. 65 ausgelegt. Du kannst gut zurichten sein mit dem Kauf, denn die Tiere sind gut herausgekommen. Gestern waren die Kühe in Leer scharflich teuer. Für 4 kleine Kühe, welche Du nicht haben wolltest, lösten wir Mt. 920 pro Stück. Mit dem Bein hat es nichts zu sagen. Beruhige Dich nur. Vor allen Dingen nehme für diese Tiere genug, rechne nicht den Einkauf, sondern nehme pro Kopf Mt. 300 Nutzen. Das wünscht Dir von Herzen Dein Freund. (Folgt Unterschrift.)

Nach dem Lesen dieses Schriftstückes wird mancher Konsument zu sich selber sagen: „Beruhige dich nur.“ Es lebe die kapitalistische Viehwirtschaft!

Danziger Nachrichten

Was nötig ist

Ein Arbeiter schreibt uns:

Es kam am Sonnabend, wie jeder Kenner der Verhältnisse erwartet hatte: die Hausfrauen waren auch nicht enifernt in der Lage, ihren Bedarf an Fleisch, Fischen und sonstigen Lebensmitteln zu decken. Die Kartoffelzufuhr verlagert trotz der erhöhten Preise nach immer. Fleisch und Fische waren zwar ein wenig reichlicher vorhanden, als am letzten Markttag. Da jedoch die Haushaltungen völlig ausgepumpt sind, war der Andrang noch stärker als früher. Die Frau mußten stundenlang im Gedränge stehen, ehe sie etwas zu kaufen bekamen. In der Markthalle haben Frauen morgens von sechs bis vormittags nach zehn Uhr dicht eingekauft gestanden, ehe sie ein Stückchen Fleisch erwerben konnten. Bei dem fleischigen Rohrdanz auf dem Altstädtischen Graben wartete mittags um 1¼ Uhr noch eine Gruppe von etwa 15 Frauen vor der verschlossenen Ladentür. Hunderte von Männern haben in der vorigen Woche an den Markttagen kein regelrechtes Mittagbrot erhalten, weil ihre Frauen entweder nichts zu kaufen bekamen oder zu spät nach Hause kamen um das Gekaufte zuzubereiten. Man überlege einmal, wie der ganze Haushalt in Unordnung kommt, wenn die Frau sich

halbe Tage auf der Straße umhertreiben muß, um die notwendigen Lebensbedürfnisse heranzuschaffen; man denke sich die Stimmung eines Mannes, der den halben Tag schwer gearbeitet hat und dann zu Mittag mit einem Stück Brot und einer Tasse Kaffee vorlieb nehmen muß. Wenn nun die maßgebenden Stellen noch kürzlich genug sein würden, die Dinge auf die leichte Achsel zu nehmen, dann würden geradezu verderbliche Wirkungen ausgelöst werden. Beht endlich sollte das Steuer des Wirtschaftslebens von Männern mit fester Faust ergriffen werden. Denn das ist mit das tollste und aufreizendste der gegenwärtigen Zeit: die Bevölkerung Danzigs muß darben, nicht weil der Engländer im baltischen Meer ungekräft plündern darf, sondern weil in der Organisation des Wirtschaftslebens Fehler auf Fehler gehäuft werden.

Vor allem ist der große Einfluß der Interessenten auf die Zivilbehörden eine Tatsache, die grell in die Augen springt. Mit tausend Fäden greifen die Interessenten ins öffentliche Leben ein. Regiert nicht das Handelskapital die Stadt Danzig heute noch genau so wie im Mittelalter? Hat nicht das, was ein Molkereibesitzer, ein Fischgroßhändler, ein Seifenfabrikant sagt, viel mehr Gewicht als die Ausführungen der ärmlichsten Arbeiterfrau? „Es ist eben Krieg.“ haben wir nicht nur von Händlern, sondern leider, leider auch von den Spitzen der städtischen Behörden zu hören bekommen. Die so sprachen, dachten nur nicht daran, daß jeder Flintenlauf in den Schützengraben von Männern regiert wird, deren Gehirnen in der Sorge um die Zurückgebliebenen vibrieren. In früheren Kriegen rafften Seuchen und Hungersnöte oft mehr Menschen weg, als das mordende Schwert. Damals aber war die Nation nicht ein Ganzes. Was in Norddeutschland vor sich ging, quälte den Schwaben nicht viel, und was den Rheinländer brannte, tat dem Schlesier nicht weh. Früher kümmerte den Patrizier auch nur wenig, was aus dem „Pöbel“ wurde. Heute ist das alles anders. Das Reich ist ein einziger großer Körper geworden, und die letzte armseligste Hütte hat ihren feldgrauen Kämpfer gestellt. Nur der Handel hält noch immer an dem Grundsatz fest, „Verdienen“ halbeist und mit großer Schrift zu schreiben. Noch immer dürfen Lebensmittel selbst im Kriege Dinge sein, die aus einer Kaufmannshand in die andere gehen. Nicht um sie den Verbrauchern zuzuführen, sondern um sie einem anderen Großhändler zu verkaufen, der sie seinerseits weiter veräußert. Kein Produzent oder Kaufmann, der etwas auf sich hält, wuchert. Sie nehmen alle ihre Prozente mit Magen. Doch bis der Fisch, bis das Stückchen Käse oder Fleisch, bis der Teller Kartoffeln an den Tisch des Armen kommt, ist dessen Selbstbeut zu dünn, als daß er die notwendige Nahrung bezahlen könnte. Darum bitten wir dringend, nicht immer den Erklärungen der Interessenten soviel Gewicht beizumessen, sondern sich in die Lage derer zu versetzen, die mit 1500 Mark jährlich, ja mit 1000 Mark und darunter in diesen teuren Zeiten hausgehalten sollen. Bürgermeister und Stadtverordnete sollten das nur vier Wochen probieren. Mancher würde dann anders denken lernen.

Notwendig ist ferner, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen nicht halb und zu spät getroffen werden. Da läßt z. B. die Stadt jetzt in der Danziger Bucht die Breitlingfischerei ausüben. Die Fischer jedoch, nicht die Stadt, verfügen — allerdings unter einschränkenden Bedingungen — über die Fische. Der Vertrag, der mit den Fischern abgeschlossen ist, ist ein Kauf- und nicht ein Dienstvertrag. Nur äußerlich scheint es, als ob die Stadt die Breitlinge auf dem Fischmarkt verkaufe. In Wirklichkeit tun's die Fischer — allerdings im Auftrage der Stadt —, und weil nun die Fischer daran interessiert sind, daß ihre Frauen und nicht andere Frauen die Fische verkaufen, mußten sich die Käufer bisher vor ganz wenigen Ständen drängen. (Inzwischen haben die Verhältnisse und, wie wir gern anerkennen, auch das Eingreifen der unmittelbar auf diesem Gebiet wirkenden städtischen Stelle, eine zweckmäßigere Aenderung herbeigeführt. Red. Volkswacht.) Es wäre noch manches über das Gebiet halber Maßnahmen zu sagen. Doch stellen wir heute die Kritik zurück. Ueber die Notwendigkeit der Aenderung in bezug auf die Lebensmittelversorgung Danzigs kann eine Meinungsverschiedenheit bei den Behörden nicht mehr bestehen. Wir glauben nicht fehl zu gehen, jetzt etwas mehr Empfänglichkeit für Rat schläge, die aus Arbeiterkreisen kommen, voraussetzen zu dürfen, und möchten daher folgendes vorschlagen:

1. Die Fleischer sind zu verpflichten, ihre Läden offen zu halten, soweit dies nicht durch Bundesratsverordnungen verboten ist. Der Schluß der Läden über die fleischlosen Tage hinaus drängt das Geschäft auf nur kurze Zeit zusammen und befördert die Ansammlungen vor den Fleischerkäben. Die Einschränkung des Fleischgemisses ist nur durch Einführung der Fleischkarte möglich, die das Höchstquantum Fleisch festsetzt, das der einzelne nicht überschreiten darf.
2. Die Stadt soll selber Vieh mästen und selber Fleisch zum Verkauf bringen. Nicht durch den Umweg über die Händler, sondern in eigenen Lebensmittelabgabestellen. Auch Milchwirtschaft sollte die Stadt betreiben.
3. Der Fischfang für die Stadt darf mit dem Aufhören der Breitlingfänge nicht einschlafen. Er muß auf alle Fischarten ausgedehnt und in möglichst großem Umfange ausgeübt werden. Mit den Fischern sind Abkommen zu treffen, die sie zu direkten Angestellten der Stadt machen. Es ist in Erwägung zu ziehen, ob die Fischereischutzgesetze nicht milder zu handhaben sind. So wichtig die Erhaltung des Fischbestandes ist, die der Menschen ist wichtiger.
4. Die Butterkarte ist zur Fehlkarte auszugestalten. Die von der Zentraleinkaufsgesellschaft überwiesene Butter ist an möglichst vielen Stellen zum Verkauf zu bringen und die Verkaufszeit auf die gleiche Stunde zu verlegen.
5. Die Stadt muß Graupen, Hülsenfrüchte, Reis u. a. Nahrungsmittel in größerem Umfange zum Verkauf bringen. Die Bezugsbedingungen und die Abgabestellen sind öffentlich bekannt zu machen.

Die hier skizzierten Wünsche sind das mindeste, was die Danziger Bevölkerung verlangen muß. Unmöglich ist die Durchführung nicht. Doch wie vorher gesagt, muß der Magistrat nicht auf Händler und Produzenten, sondern auf die Konsumenten mehr Rücksicht nehmen.

Seife

In der bürgerlichen Presse Danzigs war dieser Tage zu lesen:

Höchstpreise für Seife. Allgemein sind die Klagen unserer Hausfrauen über die hohen Preise für Seife. Es besteht die Ansicht, daß auch für diese Artikel Höchstpreise eingeführt werden müßten. Der zuständige Ausschuss der hiesigen Preisprüfungsstelle hat sich leicht mit dieser Frage beschäftigt. Er hatte zu der Besprechung die hiesigen Seifenfabrikanten und Sachverständige hinzugezogen. In der Aussprache wurde betont und auch anerkannt, daß die hiesigen Seifenfabriken nur mit einem angemessenen Nutzen gearbeitet haben, daß aber andererseits die zur Herstellung der Seifen erforderlichen Rohmaterialien so ungeheuer im Preise gestiegen sind, daß einzelne Produkte jetzt zehnmal höher im Preise stehen, als in Friedenszeiten. Auch sind die Rohprodukte sehr knapp und durch die große Nachfrage nach weiterer Steigerung ausgeleert. Die Preisprüfungsstelle beschloß, an die Regierung einen Antrag dahin zu stellen, daß allen Personen, die vor dem 31. Juli 1914 nicht mit Seife gehandelt haben, dieser Handel unterlagert wird. Die Frage nach Einführung der Höchstpreise ergab die Unmöglichkeit einer eng begrenzten Preisfestsetzung, es wurde aber mit den hiesigen Seifenfabrikanten eine Vereinbarung dahin getroffen, daß sie ihre Wiederverkäufer in Danzig verpflichten, Seifenpreise mit nicht mehr als 20 Prozent, Stückseife mit nicht mehr als 15 Prozent Verdienstaufschlag zu verkaufen; wer höhere Preisaufschläge nimmt, setzt sich der Gefahr aus, wegen übermäßiger Preissteigerung angezeigt zu werden. Der Magistrat wird sich bemühen, Rohmaterialien einzukaufen und den hiesigen Seifenfabriken zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, daß die hieraus hergestellte Seife nur in Danzig verkauft werden darf.

In Düsseldorf kostete am 28. Februar nach einer amtlichen Feststellung des Oberbürgermeisters Kernseife billigster Art 80 Pfennige und Schmierseife billigster Qualität 48 Pfennige pro Pfund. Der Durchschnittspreis für Kernseife war in Düsseldorf 1,15 Mark und für Schmierseife 1,07 Mark pro Pfund. In Danzig kosteten die billigsten Sorten weit mehr als in Düsseldorf die Durchschnittsware. Wir haben Duzende von Frauen befragt und immer wieder gehört, daß Schmierseife nicht unter 1,10 Mark und Kernseife nicht unter 1,50 bis 2 Mark pro Pfund erhältlich ist. Das waren die billigsten Preise, von denen wir hörten. Eine Ausnahme macht der Konsumverein, wo Schmierseife besser Qualität mit 1 Mark und Kernseife in gleich vorzüglicher Beschaffenheit 1,40 Mark pro Pfund verkauft wird. Aber diese Ausnahme ändert nichts an der Tatsache, daß die Danziger ihre Seife viel zu teuer bezahlen müssen. Anscheinend versuchen die Seifenfabrikanten die Schuld jetzt auf die Klein Händler zu wälzen. Da muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Danziger Seifenfabrikanten denn unter ungünstigeren Bedingungen produzieren als ihre Düsseldorfer Kollegen. Das ist wenig wahrscheinlich und die Preisprüfungsstelle sollte die Erklärung der Seifenfabrikanten mit bedeutend mehr kritischer Schärfe würdigen, als dies geschehen ist. Von einer anderen Interessentengruppe, den Fischgroßhändlern, hörten wir vor einigen Wochen, als die Preisprüfungsstelle eine Verbilligung der geräucherten Breitlinge, die damals 60 bis 70 Pfennige pro Pfund kosteten, anstrebte, einen Höchstpreis festzusetzen ginge nicht an. Die Herren stellten jedoch in Aussicht, eine Verbilligung der Sprotten herbeizuführen, indem die Klein Händler verpflichtet werden sollten, sich mit einem angemessenen Gewinn zu begnügen. Entfennen wir uns recht, waren es auch 20 Prozent. Seither sind in der Danziger Bucht viele hundert Zentner Breitlinge gefangen worden. Die Sprotten wurden aber nicht billiger, sondern teurer, und kosten heute 90 Pfennige pro Pfund. Wir fürchten, genau so wie hier die Preisprüfungsstelle düpiert wurde, wird es auch mit der Seife kommen. Die Preisprüfungsstelle muß sich zu einer viel gründlicheren und sachlicheren Würdigung der Dinge durchringen. Was soll z. B. der Antrag, allen Personen, die vor dem 31. Juli 1914 nicht mit Seife gehandelt haben, diesen Handel zu verbieten, den Hausfrauen nützen? Den Zwischenhandel und den Wucher beschränkt er nicht, denn wer bürgt für die, die vor dem Kriege mit Seife handelten? Unzulässige Elemente können sowieso auf Grund der bekannten Bundesratsverordnung aus dem Handel enifernt werden. Das Ganze läuft auf die Durchsetzung alter Junft- und Silberbestrebungen hinaus. Und die Preisprüfungsstelle sieht nicht, wie sie zur Einschränkung der Gewerbefreiheit mißbraucht werden soll. Man wird keinem Händler und Fabrikanten verdenken können, wenn er seine Interessen vertritt. Ueber die Männer, die das öffentliche Gewissen darstellen, müssen Wahres von Falschem und Zweckmäßiges von Törichtem zu trennen wissen. So sehr wir auch den einseitigen Bestrebungen der Händler und Produzenten entgegengetreten, die Preisprüfungsstelle müssen wir trotzdem mit strengerem Maße messen.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.



Zeichnet die Kriegsanleihe!

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe

zu **98.50**

oder

Viereinhalbprozentige auslosbare Deutsche Reichsschatzanweisungen

zu **95.**

Die Kriegsanleihe ist

das Wertpapier des Deutschen Volkes

die beste Anlage für jeden Sparer

sie ist zugleich

die Waffe der Dahergebliebenen

gegen alle unsere Feinde

die jeder zu Hause führen kann und muß
ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von **Hundert Mark**

bis zum 20. Juli 1916 zahlbar

ermöglicht **Jedem** die Beteiligung.

Man zeichnet

bei der Reichsbank, den Banken und Bankiers, den Sparkassen
den Lebensversicherungsgesellschaften, den Kreditgenossenschaften

oder

bei der Post in Stadt und Land.

Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schiebe aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Alles Nähere ergeben die öffentlich bekanntgemachten und auf
jedem Zeichnungsschein abgedruckten Bedingungen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und 11. Dezember 1911, R. G. Bl. S. 113; sowie auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 25. September 1915 und 4. November 1915 über die Preisprüfungsstellen und die Beförderungsbefugnisse (Reichsgesetzblatt S. 607 und 128) wird folgendes bestimmt:

1. Wer in der Danziger Stadt Besorgungsführer ist, verpflichtet, von 1. Juni 1916 an jeden Tag einen Zentner dem Magistrat Danzig oder dessen Beauftragten nach näherer Bestimmung des zuständigen Gerichtsvorgängers gegen eine Entschädigung von 10 Mk für den Zentner zur Verfügung zu stellen. Gegen diese Entschädigung sind die Besorgungsführer in gleicher Weise an die Besorgungsführer des Magistrats Danzig anzuschließen.
2. Von dieser Verpflichtung kann der zuständige Gerichtsvorgänger Ausnahmen bewilligen.
3. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu hundert Mark bestraft; auch kann der Geschäftsbetrieb unterstellt werden.
4. Diese Verordnung tritt mit dem Beginn des 6. März 1916 in Kraft.

Danzig, den 3. März 1916.

Stabschef des Generalkommandos XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General,
gen. v. Schack, General der Infanterie
Der Kommandant der Festung Danzig,
gen. v. Pfuel, Generalmajor

Los nur **1 Mark** Unwiderruflich
Ziehung
16. März
Königsberger
Lotterie
zu Gunsten des Freiluftmuseums
3397 Gewinne im Werte von M.
50000
Hauptgewinn M. **15000**
Leo Wolf, Königsberg i. Pr.
Kantstr. 2.
Erhältl. auch in allen
durch Plakate kenntl. Verkaufsstellen.

Damen- und Herren-Fahrräder
Erfahrene
Räder
Schläuche
in reichlicher Auswahl enorm billig.
Reparaturen
schon gemacht, schnell und billig.
G. Ehms,
Fahrradgroßhandlung,
1. Damm 22/23 und Breitgasse,
Telephon 3178.

Die Leistungsfähigkeit

meines großen Spezialhauses ist bekannt,

Die Vorteile, die ich biete: **Riesenauswahl!**
Enorm billige Verkaufspreise!
Erstklassige deutsche Fabrikate!

Einsegnungs-Anzüge

in I- und IIreihig, aus dunkelblauen und tief-schwarzen Cheviot-, Kammgarn- u. Twill-Stoffen

Mark **14⁵⁰ 16⁵⁰ 17⁷⁵ 19⁵⁰**
22.- 25.- 28.- 33.- bis 45.-

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/9 Fernruf 2121

Alleiniger Lieferant des Konsumvereins für Danzig.

175



No 18
J. Borg

ges. geschätzt
mit Mundstück und Goldmundstück
ist und bleibt die

beste 2 Pfg.-Zigarette.

willkommene Liebesgabe
für unsere Krieger
im Felde.

Zigarettenfabrik Stambul
J. Borg G. m. b. H. Danzig.

Der wahre Jakob pro Nummer 10 Pfennige
erhältlich in der
Buchhandl. Volkswacht

Betten

Bettfedern, Daunen, Ein-schüttungen, eis. Bettgestelle.
Große Auswahl, billige Preise.

Bettfeder-Reinigungs-Anstalt
Häbergasse 63, a. d. Markthalle
Telephon 2788.

Neue und gebrauchte
sämtl. Ersatzteile, Dedern, Schläuche
Nähmaschinen

in feiner Ausführung, 153
Kochlampen, Tischlampen,
Gas- und Spiritusstrümpfe.
A. Hein, Breitgasse 113.

Zentral-Bibliothek

Danzig

4. Damm 7, II (Eing. Häberg.)
ca. 2000 Bände
Geöffnet Mittwoh 7-8 Uhr
Sonnabend von 6-8 Uhr

Allen Gewerkschafts-
und Parteigenossen
zur unentgeltlichen
Benutzung auf das
wärmste empfohlen

Die Bibliotheksverwaltung

!! Grosser Verkauf !!

Wäsche und Wäschestoffe

zu vorteilhaften
Preisen

Modernes
Kaufhaus

G
E
B
R.

FREYMANN

G.
m.
b.
H.

Modernes
Kaufhaus